

**10.03.2015**

**Niederschrift 001/2015**

---

**Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz**

am 11.02.2015 | Kreishaus Unna | Freiherr-vom-Stein-Saal II/III |  
Friedrich-Ebert-Straße 17 | 59425 Unna

**Beginn** 16:00 Uhr

**Ende** 17:30 Uhr

**Anwesend:**

**Vorsitzender**

Herr Dirk Kolar

**Kreistagmitglieder SPD**

Frau Angelika Chur

Frau Christine Hupe

Vertretung für Frau Simone Symma

Frau Renate Jung

Herr Sascha Alexander Kudella

Herr Heinz Steffen

Vertretung für Frau Bärbel Schmidt

**Sachkundige Bürger/innen SPD**

Herr Burckhard Elsner

Herr Jürgen Kolar

Vertretung für Frau Jutta Maeder

**Kreistagmitglieder CDU**

Frau Annika Dresen

Herr Stefan Janyga

Herr Martin Niessner

Vertretung für Herrn Carsten Böckmann

Frau Martina Plath

Frau Ursula Schmidt

**Sachkundige Bürger/innen CDU**

Herr Frank Markowski

**Kreistagmitglieder BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Frau Sandra Heinrichsen

Frau Stephanie Schmidt

**Kreistagmitglieder Linksfraktion**

Herr Dieter Reichwald

**Sachkundige Bürger/innen GFL-Lünen / UWG-Selm**

Herr Klaus Steenbock

**Kreistagmitglieder PIRATEN**

Herr Christian Roß

## **Verwaltung**

Herr Dirk Wigant, Dezernent

Herr Josef Merfels, Fachbereichsleiter

Frau Birgit Scholz, Schriftführerin

Herr Kolar begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er teilt mit, dass die Einladung zu der Sitzung am 30.01.2015 per E-Mail sowie per Post, an die nicht am papierlosen Sitzungsdienst teilnehmenden Personen, verschickt wurde. Da sich auf seine Frage hin niemand meldet, dem die Einladung nicht fristgerecht zugegangen ist, stellt er die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Zu Punkt 2 der Tagesordnung teilt er mit, dass sich an dieser Stelle anstelle der angekündigten die Selbsthilfegruppe „Die Brücke – Sterbe- und Trauerbegleitung e.V.“ aus Schwerte vorstellen werde. Die Ausschussmitglieder erklären sich damit einverstanden. Weitere Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

## **Tagesordnung:**

### Öffentlicher Teil

- |                  |        |   |
|------------------|--------|---|
| <b>Punkt 1</b>   |        | Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner  |
| <b>Punkt 2</b>   |        | Vorstellung der Selbsthilfegruppe "Die Brücke - Sterbe- und Trauerbegleitung Schwerte e.V."                                     |
| <b>Punkt 3</b>   |        | HIV- und AIDS-Prävention im Kreis Unna;<br>Bericht der AIDS-Hilfe Kreis Unna e.V.   |
| <b>Punkt 4</b>   | 006/15 | Gesundheitsberichterstattung: Kommunales Gesundheitsprofil  |
| <b>Punkt 5</b>   |        | Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen  |
| <b>Punkt 5.1</b> | 019/15 | Strukturveränderung in der stationären psychiatrischen Behandlung;<br>Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 05.02.2015 |

### Nichtöffentlicher Teil

- |                |  |  |
|----------------|--|--|
| <b>Punkt 6</b> |  | Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen |
|----------------|--|--|

## Öffentlicher Teil

### **Punkt 1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner**

Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern ergeben sich nicht.

### **Punkt 2 Vorstellung der Selbsthilfegruppe "Die Brücke - Sterbe- und Trauerbegleitung Schwerte e.V."**

#### Erörterung

Frau Kollodej berichtet, „Die Brücke – Sterbe- und Trauerbegleitung Schwerte e.V.“ sei keine Selbsthilfegruppe im üblichen Sinne. Im nächsten Jahr könne der Verein bereits sein 30jähriges Jubiläum feiern. 1986 hätten sich erstmals in Schwerte, im Evangelischen Krankenhaus, einige Personen zusammengefunden, die mit dem Umgang sterbender Menschen unzufrieden gewesen seien. 1985 wurde der Verein „OMEGA – Mit dem Sterben leben e.V.“ gegründet und mit diesem hätte man Kontakt aufgenommen. Daraus sei die Gründung von „OMEGA Schwerte“ entstanden. Im Jahr 2000 trennte sich Schwerte dann von dem Verein „OMEGA“ und machte sich selbstständig mit dem Verein „Die Brücke“. Sie selber arbeite seit fünf Jahren im Vorstand des Vereins. Mit der Sterbe- und Trauerbegleitung ginge der Verein in Altenheime, Krankenhäuser und private Haushalte, überall dorthin, wo Menschen Unterstützung bräuchten. Die Trauerbegleitung beginne schon vor dem Sterben. Der Verein habe 140 Mitglieder, von denen befänden sich etwa 25 Personen in der Sterbebegleitung. Hier werde ausdrücklich auf eine Erholungsphase der jeweiligen Personen geachtet, jeder Einzelne sei nicht ununterbrochen innerhalb der Sterbebegleitung tätig. Im Verein würden diese Personen bei Gesprächsbedarf entsprechend aufgefangen bzw. unterstützt. Ebenso würden innerhalb des Vereins entsprechende Kurse angeboten. Zum Beispiel hätte vor zwei Jahren ein sechstägiger Kurs für Sterbebegleitung stattgefunden. Nach dem Kurs hätten sich einige Personen der Selbsthilfegruppe angeschlossen, ein Zwang zur Mitarbeit nach einem Kursbesuch läge aber nicht vor. Des Weiteren existiere eine kleine Gruppe, die sich in Altenheimen um die Personen kümmere, die wenig oder keinen Besuch bekämen. Sie gingen mit ihnen spazieren, würden ihnen vorlesen oder machten gemeinsame Spiele. Die Arbeit innerhalb des Vereins erfolge ausschließlich ehrenamtlich, die Finanzierung über die Beiträge sowie Spenden.

Herr Steenbock (Fraktion GFL-Lünen / UWG-Selm) fragt nach, wie die Sterbebegleiter ausgebildet würden und ob es eine psychologische Betreuung gebe.

Frau Kollodej antwortet, dass der Verein Seminare und Programme anbiete, damit eine entsprechende Aufarbeitung erfolgen könne. Eine Mitarbeiterin zum Beispiel sei systemische Therapeutin und fange die Personen entsprechend auf und gebe ihnen Handwerkszeug mit. Die Gruppe der Sterbebegleiter treffe sich monatlich. Bei diesen Treffen würde durch externe Referenten berichtet. Im letzten Jahr sei das Schwerpunktthema die Palliativmedizin gewesen und in diesem Jahr läge der Schwerpunkt in der Trauerbewältigung. Zweimal im Jahr würde ein Rundbrief zu einem bestimmten Thema für Mitglieder und Interessierte aufgelegt. Im Bereich des Besuchsdienstes solle in diesem Jahr erstmals eine Fortbildung stattfinden.

Auf Nachfrage von Herrn Kolar teilt Frau Kollodej mit, dass ein Großteil der Mitglieder der Sterbebegleitung aus der eigenen Trauer heraus zum Verein gestoßen sei. Wenn die Aufgabe für diese Personen nicht mehr ausführbar sei, blieben sie dennoch Mitglieder im Verein.

### **Punkt 3**

### **HIV- und AIDS-Prävention im Kreis Unna; Bericht der AIDS-Hilfe Kreis Unna e.V.**

#### Erörterung

Herr Izdebski berichtet anhand einer Folienpräsentation. Die Präsentation ist dieser Niederschrift als Anlage 1 beigefügt. Er teilt mit, dass die AIDS-Hilfe im Kreis Unna e.V. 1986 gegründet worden sei. Es hätte eine große Entwicklung innerhalb der Medizin stattgefunden und von der einstmals tödlichen Erkrankung hätte es einen Wandel zu einer beherrschbaren, behandelbaren Infektion gegeben. Bis heute hätte es in Deutschland rund 30.000 Aids-Tote gegeben. Die auf der Folie Nr. 1 genannten „STIs“ stünden für sexuell übertragbare Infektionen. Die Grundlagen der Arbeit der AIDS-Hilfe gingen auf die Anfänge dieser Zeit, Mitte der 80er Jahre, und auf Rita Süßmuth zurück. Sie habe damals gesagt, dass man bei dieser Infektionskrankheit mit der Bundesseuchenpolizei nicht weiterkäme, man benötige einen völlig neuen Ansatz im öffentlichen Gesundheitswesen. Und dies sei die Lernstrategie von Aufklärung & Information (Folie Nr. 1) gewesen. Daraus hätte sich der Koalitionsansatz entwickelt, der bis heute auch noch gelte. Deutschland befände sich weltweit an der Spitze der Infektionszahlen, nirgendwo gelinge AIDS-Prävention so gut wie in Deutschland. In Deutschland leben zwischenzeitlich 80.000 Personen mit einer HIV-Infektion und im Kreis Unna vermutet er etwa 250 Personen. Die Zahl der Neuinfektionen in Deutschland läge bei ca. 3.000 jährlich. Diese Zahl deute darauf hin, dass es sich bei einer HIV-Infektion zwischenzeitlich um eine seltene Erkrankung handle. Die meisten Infektionen in Deutschland entstünden durch ungeschützten Geschlechtsverkehr.

Zum Bereich der Prostitution bestünde nicht viel Beratungskontakt, aber wenn Frauen Beratung wünschten, dann würden sie diese auch bekommen. Auch in diesem Bereich würden neue Medien genutzt, die Frauen besäßen Smartphones zu Marketing- und Informationszwecken. Demnächst solle es ein Prostitutionsschutzgesetz geben und die AIDS-Hilfe sei damit nicht so glücklich. Das neue Gesetz sehe Zwangsberatungen vor. Zwang und Beratung passe nicht zusammen, das sollte die Person schon freiwillig machen wollen. Die Beratungen würden Ärzte bzw. Gesundheitsämter durchführen. Das mit den Gesundheitsämtern begrüße er durchaus, denn diese seien häufig schon in den Bereichen tätig und könnten das entsprechende Fachwissen aufweisen. Er hoffe, dass der im Gesetz vorgeschriebene Beratungsschein nicht nur bei einem niedergelassenen Arzt eingeholt werden könne, sondern dass man hier auch die Beratungsstellen einbeziehe. Er meine, dass die Beratungsstellen in Fragen sexueller Gesundheit, sexuell übertragbarer Infektionen, kompetenter beraten könnten. Man hätte davon abgesehen, dass der Prostitution erst ab dem 21. Lebensjahr nachgegangen werden dürfe. Andernfalls hätte man die Frauen zwischen dem 18. und 21. Lebensjahr vermutlich in die Illegalität getrieben. Für diesen Personenkreis, Frauen zwischen dem 18. und 21. Lebensjahr, sehe das neue Gesetz allerdings auch eine zweimal jährlich stattfindende Beratung vor.

Herr Kolar führt aus, dass Herr Izdebski deutlich gezeigt hätte, dass eine präventive Arbeit von großem Nutzen sei.

Herr Izdebski ergänzt, dass die Kosten für einen Infizierten im Laufe seiner Krankenbiografie bei 500.000 Euro lägen. Und wenn er durch seine Tätigkeit auch nur eine einzige Infektion im Jahr verhindere, dann hätten sich seine Personalkosten auf 10 Jahre amortisiert.

Erörterung

Die Gesundheitsberichterstattung sei eine regelmäßige Pflichtaufgabe, so Herr Wigant. Die Verwaltung sei dieser Aufgabe aber nicht immer mit einem umfassenden Kreisgesundheitsprofil nachgekommen, sondern im Wesentlichen mit Spezialberichten. Den letzten umfassenden Bericht hätte es im Jahr 2003 gegeben. Der vorliegende Bericht sei sehr anschaulich, aber dennoch wissenschaftlich fundiert. Die entsprechenden Quellen seien zitiert worden und anhand der eingefügten Grafiken könne man vieles auch visuell schnell erfassen, ohne alles bis ins letzte Detail lesen zu müssen. Ein daraus resultierender Ausblick könne sein, eine Gesundheitsabfrage in Bezug auf das Befinden der Bevölkerung zu starten. Dies halte er für einen wichtigen Punkt, denn Gesundheit sei nicht objektiv. Spätestens danach, aufbauend auf den Bericht, könne man dann zu einer Schlussfolgerung kommen, wo der Ansatz erfolgen solle bzw. finanziell erfolgen könne.

Frau Pante sowie Herr Dr. Hartlieb berichten anhand einer Folienpräsentation zum Kreisgesundheitsprofil 2014. Diese Präsentation ist der Niederschrift als Anlage 2 beigelegt.

Spannend sei die Feststellung, dass es tatsächlich regionale Ausprägungen gebe und man sich entsprechend darum kümmern müsse, so Herr Kolar. Er denke, dass jeder Einzelne wisse, wo die Brennpunkte lägen. Er bedankt sich dafür, dass der doch sehr umfangreiche Bericht in eine Kurzfassung zusammengetragen worden sei.

Im Anschluss beantworten Frau Pante und Herr Dr. Hartlieb Nachfragen aus dem Ausschuss.

Der Bericht „Kreisgesundheitsprofil 2014“ wird zur Kenntnis genommen.

**Punkt 5**

**Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen**

**1. Ausgedruckte Exemplare des Gesundheitsberichtes**

Herr Wigant weist darauf hin, dass der Sitzungsdienst zum Anfang dieses Jahres auf Digital umgestellt worden sei. Alle Personen, die ein iPad nutzen würden, bräuchten daher vermutlich keinen Ausdruck des Gesundheitsberichtes. Aber für alle anderen, insbesondere für sachkundige Bürgerinnen und Bürger, habe die Verwaltung ein paar Ausdrücke fertigen lassen. Solange der Vorrat reiche, könnten demnach heute die entsprechenden Ausdrücke mitgenommen werden.

Herr Kolar bedankt sich bei der Verwaltung, denn diese sei damit seiner Bitte nachgekommen, unterstützend einzuwirken, auch wenn man sich gerade erst auf den papierlosen Sitzungsdienst geeinigt hätte. Gerade bei einem so üppigen Werk sei es für diejenigen, die keinen Zugriff auf ein iPad hätten, wie sachkundige Bürgerinnen und Bürger, wichtig, einen entsprechenden Ausdruck zu haben.

Erörterung

Frau Schmidt (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erläutert die von ihrer Fraktion gestellte Anfrage.

Herr Wigant führt aus, dass die Anfrage aufgrund der Erkrankung des dafür zuständigen Kollegen, der auch an den Planungsgesprächen beteiligt ist, heute nicht beantwortet werden könne. Es werde eine schriftliche Beantwortung in der Niederschrift erfolgen (siehe Anlage 3). Sollten sich dennoch weitere Fragen ergeben, könne gerne in der nächsten Sitzung entsprechend beraten werden.

Anlagen

1. Präsentation der AIDS-Hilfe im Kreis Unna e.V. – Bericht Herr Izdebski
2. Präsentation „Kreisgesundheitsprofil 2014“ – Bericht Herr Dr. Hartlieb und Frau Pante
3. Beantwortung zur Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 05.02.2015

gez. Birgit Scholz  
Schriftführerin

ges. Dirk Kolar  
Vorsitzender